



BLICKPUNKT WAHLKREIS 43



Gudrun Pieper MdB

Liebe Leserinnen, liebe Leser,
 diese Plenarwoche war geprägt durch das verabschiedete Schulgesetz und die Diskussion um die noch amtierende Justizministerin mit ihrer ‚Pannenserie‘: Schwere Versäumnisse im Edathy-Verfahren, zahllose Pannen im Justizvollzug, die Falschinformation des Landtags im Zuge der Dienstwagenaffären, die in Braunschweig vollzogene und bundesweit einmalige Besetzung eines OLG-Präsidenten-Postens durch einen ehemaligen Staatssekretär, die politische Instrumentalisierung des Ermittlungsverfahrens gegen den Generalstaatsanwalt Lüttig und nun noch die peinlich gescheiterte Personal-Mauschelei bei der Besetzung der Präsidentenstelle in Oldenburg: Was darf sich diese Ministerin eigentlich noch erlauben?

Was sonst noch geschah?
 Lesen Sie meinen Blickpunkt.

Herzlichst Ihre

TERMINAUSZUG

- | | |
|--|---------------------|
| 08.06.2015 | WALSRODE |
| PODIUMSDISKUSSION ZUM THEMA
„ DAS NEUE SCHULGESETZ“ | |
| 13.06.2015 | SCHWARMSTEDT |
| KUNSTSCHULFEST BEI KUNSTSCHULE PINX | |
| 22.06. -08.07.2015 | WAHLKREIS |
| SOMMERTOUR | |
| 27.06.2015 | RETHEM |
| JUBILÄUM KIJUKU | |
| 14.07. -17.07.2015 | HANNOVER |
| PLENUM | |

V.I.S.D.P.

Gudrun Pieper Kristin Kühling
Hauptstraße 9, 29690 Schwarmstedt

Tel.:(05071) 8002525
info@gudrunpieper.de

SPD und Grüne stellen Durchsetzung ihrer Bildungsideologie über das Wohl von Niedersachsens Schülerinnen und Schülern

Mit ihrer Stimme für das rot-grüne Schulgesetz haben sich die Abgeordneten von SPD und Grüne gegen Wahlfreiheit und Vielfalt im niedersächsischen Schulsystem entschieden. Die umstrittene Gesetzesnovelle hat im Landtag kontroverse Diskussionen hervorgerufen. Auch Grünen-Abgeordnete Elke Twesten und der SPD-Abgeordnete Maximilian Schmidt stellen mit ihrem ‚Ja‘ zur Schulgesetznovelle die Durchsetzung der rot-grünen Bildungsideologie über das Wohl der Schülerinnen und Schüler des Heidekreises. Damit wird in Niedersachsen der Weg zur Einheitsschule geebnet. Im Rahmen eines gemeinsamen Änderungsantrages hatten unsere Landtagsfraktion, sowie FDP, namentliche Abstimmung zu den aus ihrer Sicht gravierendsten Gesetzesänderungen durchgesetzt: Der Abschaffung von Förderschulen sowie der Einrichtung von Gesamtschulen als Schulform, die Gymnasien, Oberschulen, Haupt- und Realschulen **ersetzen** kann. Ebenfalls namentlich abgestimmt wurde zur Petition „Für schulische Vielfalt und Elternrecht auf freie Schulwahl“ mit 33.000 Unterschriften. Darüber hinaus brachten wir unseren Entschließungsantrag ‚100.000 Unterschriften gegen das rot-grüne Schulgesetz – Petitionen jetzt berücksichtigen‘ in den Landtag ein, um zu verdeutlichen, wie SPD und Grüne mit den zahlreichen Gegnern ihrer

Schulpolitik umgehen. Zum Hintergrund: In den vergangenen Wochen und Monaten erreichten mehr als 100 Petitionen, unterzeichnet von über 100 000 Unterstützern, den Landtag. Allein in der Sitzung des Kultusausschusses am 22. Mai wurden 46 Petitionen von Rot-Grün für erledigt erklärt. Dieser Umgang mit dem erklärten Willen von mehr als 100 000 Niedersachsen ist für mich skandalös. Bei der Abstimmung im Landtag haben SPD und Grüne noch einmal sehr deutlich gemacht, was ihnen die Meinung der Bürger dieses Landes wert ist - **nichts!** So wird nun leider in kürzester Zeit ein Einheitsschulsystem entstehen, in dem individuelle Leistungen nicht mehr honoriert werden. Den Eltern auf diese Weise jede Wahlmöglichkeit für den Bildungsweg ihrer Kinder zu entziehen, ist der falsche Weg. Darüber hinaus wird im Zuge der Schulgesetzänderung die Schullaufbahnpflicht im Anschluss an den 4. Schuljahrgang der Grundschule abgeschafft. Den Eltern wird somit eine wichtige Orientierungsgrundlage im Hinblick auf den Leistungsstand ihrer Kinder genommen. Die Wahl der passenden weiterführenden Schulform wird ihnen erschwert. Mit diesem unausgegorenen ‚Chancen-Vernichtungs-Gesetz‘ werden letztendlich unsere Kinder die Verlierer sein. Ein schwarzer Tag für Niedersachsen!

Wir sagen **Nein** zum rot-grünen „**Chancenvernichtungsgesetz**“



Nein zur Abschaffung der Förderschule Lernen



Nein zur Schwächung der Förderschule Sprache



Nein zur Benachteiligung der Gymnasien zugunsten der Gesamtschulen

PLENUM IN KÜRZE

40 Millionen Euro als Beruhigungsspielle für die Kommunen – Regierung Weil mit wachsenden Flüchtlingszahlen völlig überfordert

Der CDU-Fraktionsvorsitzende Björn Thümler nennt die von der Landesregierung in Aussicht gestellten zusätzlichen Mittel in Höhe von 40 Mio. Euro für die Flüchtlingsunterbringung in Niedersachsens Kommunen „eine Verzweiflungstat“: „Seit zweieinhalb Jahren sieht die Regierung Weil untätig zu, wie der Druck durch immer mehr Flüchtlinge auf Niedersachsens Kommunen wächst. Während Niedersachsens Städte und Gemeinden die Hauptlast bei der Flüchtlingsunterbringung tragen, fordert die rot-grüne Landesregierung gebetsmühlenartig mehr Geld vom Bund und lässt ihre Kommunen im Stich. Jetzt, da die Unzufriedenheit in den Kommunen ein kritisches Maß zu überschreiten droht, bequemt sich die Landesregierung zu kleinen Zugeständnissen bei der Übernahme der Unterbringungskosten. An der völlig ungleichen Lastenverteilung werden allerdings auch 40 Millionen Euro wenig ändern.“

Das benachbarte Schleswig-Holstein hat beispielsweise seine Mittel für Flüchtlinge im aktuellen Nachtragshaushalt um insgesamt 140,6 Millionen Euro auf 287 Millionen Euro aufgestockt. Die 40 Millionen Euro zusätzlich hier in Niedersachsen wirken eher wie eine Beruhigungsspielle für die Kommunen. Mit dieser Summe sind wir immer noch meilenweit von der geforderten Kopfpauschale in Höhe von 10.000 Euro entfernt. Völlig unverständlich ist zudem, dass die Pro-Kopf-Mittel durch die Landesregierung nicht dauerhaft angehoben werden sollen. Wir sagen, dass die Kommunen schnell eine angemessene finanzielle Unterstützung durch das Land benötigen, um Unterbringung, medizinisch-soziale Betreuung und Integrationsmaßnahmen gewährleisten zu können. Die bereitgestellten Gelder sind lediglich ein Trostpflaster. Wir haben 120 Millionen Euro zusätzlich für die Flüchtlingsunterbringung in den Kommunen gefordert. Und mit Blick auf Niedersachsens Schuldenstand insgesamt sind die Rahmenbedingungen samt eines satten Rücklagenpolsters von über einer halben Milliarde Euro in Niedersachsen so günstig wie nie, so dass auch die historische Chance

besteht, für 2015 gänzlich auf eine Neuverschuldung zu verzichten.

Thümler: „Der große Pathos, mit dem SPD und Grüne ihre Flüchtlingspolitik beworben haben, ist längst zum Lippenbekenntnis verkommen. Fehlende Erstaufnahme-Einrichtungen, fehlende Sprachförderklassen und Sozialarbeiter, fehlendes Geld: Die Regierung Weil ist mit den wachsenden Flüchtlingszahlen völlig überfordert. Ausbaden müssen das neben den Kommunen ausgerechnet die Menschen, die sich nach ihrer Flucht nach Niedersachsen retten konnten.“

Effektivere Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit – Land soll Einführung von „Jugendberufsagenturen“ prüfen

Um die Jugendarbeitslosigkeit besser bekämpfen zu können, soll die rot-grüne Landesregierung die Einführung so genannter Jugendberufsagenturen in Niedersachsen prüfen. Das fordert ein Antrag unserer Landtagsfraktion. Der wirtschaftspolitische Sprecher der CDU, Karl-Heinz Bley hierzu: „Jugendberufsagenturen können ein wirksames Instrument sein, um die Übergangszeit von Jugendlichen zwischen Schulabschluss und Ausbildung zu verkürzen. Die vielen konstruktiven Ansätze von Wirtschaftsverbänden, Gewerkschaften und Kammern zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit lassen sich auf diese Weise bündeln, ohne eine neue Verwaltungsinstanz zu schaffen.“

Nach unserer Ansicht sollen Jugendberufsagenturen die Schnittstellen zwischen Arbeitsagentur, Jobcenter und Jugendhilfe besetzen. „Hier kann den Jugendlichen auf ihrem Weg in die Arbeitswelt ein koordiniertes Beratungs- und Förderangebot gemacht werden“, sagt Bley mit Blick auf die oftmals lange Zeit, die Jugendliche in den so genannten Übergangssystemen zwischen Schule und Beruf verbringen. Dabei ist es wichtig, bestehende Hemmnisse insbesondere in Bezug auf den Datenschutz abzubauen.

Dass Jugendberufsagenturen einen echten Mehrwert für Jugendliche haben können, zeigt das erfolgreiche „Hamburger Modell“ in der Hansestadt. In Niedersachsen stünden wesentliche Akteure der beruflichen

Bildung der Einführung von Jugendberufsagenturen positiv gegenüber: So unterstrichen während einer kürzlich auf Initiative der CDU-Fraktion veranstalteten Diskussionsrunde die Regionaldirektion Niedersachsen der Agentur für Arbeit, die Unternehmerverbände Niedersachsen und verschiedene niedersächsische Unternehmer die Notwendigkeit, Jugendlichen in Zeiten des demographischen Wandels maßgeschneiderte Lösungen für ihre Berufswahl anzubieten. „Jugendberufsagenturen können diese Rolle einnehmen. Sie können Förderlücken bei Jugendlichen schließen, Mehrfachberatungen vermeiden und unterm Strich die Zahl der Bildungsabbrüche senken“, ist sich Bley sicher und sieht mit Spannung den Beratungen im Fachausschuss entgegen.

Landesregierung muss zur Finanzierung des Tarifvertrags Soziales aktiv beitragen und die Verantwortlichkeiten benennen

Der sozialpolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Dr. Max Matthiesen, begrüßt das Bekenntnis der Landesregierung zu einem Tarifvertrag Soziales, um eine auskömmliche Finanzierung der Pflege und eine angemessene tarifliche Bezahlung der in der Pflege Beschäftigten in Niedersachsen sicherzustellen. Dieses Ziel wird nach unserer Ansicht jedoch nur zu erreichen sein, wenn sich Sozialministerin Rundt nicht nur der Hoffnung hingibt, dass die Sozialpartner von sich aus die weiteren Schritte auf dem Weg zu einem allgemein verbindlichen Tarifvertrag Soziales gehen werden.

„Ministerin Rundt muss aktiv bei den Sozialhilfeträgern und auch bei den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen dafür werben, dass der angestrebte Tarifvertrag Soziales in der Altenpflege zu einem Leistungswettbewerb zwischen den Pflegeeinrichtungen beitragen kann, in dem nicht mehr nur der günstigste Preis entscheidet, sondern die Qualität der Leistung wieder stärker in den Fokus rückt.“ Hierzu gehört auch, die tatsächlichen Verantwortlichkeiten für die Finanzierung klar zu benennen. Unser hierzu eingebrachter Antrag wird jetzt im Fachausschuss diskutiert.

BERICHT AUS DEM EUROPAPARLAMENT

ELER-Programm Niedersachsens nun offiziell genehmigt

Am 26.05. hat die Europäische Kommission 24 Entwicklungsprogramme für den ländlichen Raum genehmigt, darunter neben weiteren sechs Programmen aus Deutschland auch das niedersächsische Programm „PFEIL“. Die spätere formale Genehmigung ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass erst die Änderung der Verordnung zum mehrjährigen Finanzplan des EU-Haushaltes 2015 sowie der Anhangs I der ELER-Verordnung formal in Kraft treten mussten. Die „Genehmigungsreife“, der sogenannte „Comfort Letter“, wurde Niedersachsen schon im Vorfeld mitgeteilt.

Die 1,12 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt, einschließlich 181 Mio. EUR aus dem deutschen Finanzrahmen für die GAP-Direktzahlungen, werden ergänzt durch 506 Mio. EUR aus nationaler Kofinanzierung sowie durch weitere 673 Mio. EUR aus zusätzlichen nationalen Fördermitteln. Zur Bewältigung der bestehenden Herausforderungen wird das Programm PFEIL Vorhaben aller Prioritäten der ländlichen Entwicklung finanzieren - mit besonderem Augenmerk auf der Wiederherstellung, Erhaltung und Verbesserung der Ökosysteme der Land- und Forstwirtschaft, der sozialen Integration, Armutsbekämpfung und wirtschaftlichen Entwicklung in ländlichen Gebieten sowie der Förderung der Organisation der Nahrungsmittelkette einschließlich Verarbeitung und Vermarktung von Agrarerzeugnissen, des Tierschutzes und des Risikomanagements in der Landwirtschaft.

Agrarkommissar Phil Hogan führte aus, dass er die Genehmigung begrüße und betonte: "Ich freue mich, die sieben übrigen deutschen Programme mit dem heutigen Tag als genehmigt zu sehen, bedeutet dies doch, dass nunmehr alle Programme zur Entwicklung des ländlichen Raumes in Deutschland, 13 regionale und 2 nationale, etabliert und umsetzbar sind."

Dass sich Landwirtschaftsminister Christian Meyer für „erfolgreiche Verhand-

lungen“ in Brüssel feiern lässt, ist mir unverständlich, denn zur Wahrheit gehört, dass unsere Landwirte im Grunde die Umschichtung ihrer Förderung von der 1. in die 2. Säule im ELER Programm selbst erschaffen haben! Zudem gibt es erhebliche Schwierigkeiten, Investitionen im Investitionsprogramm (ITI) in Höhe von 200 Mio. Euro, was SPD und GRÜNE abgelehnt haben. Warum? Ausschöpfung aller Fördermöglichkeiten sieht anders aus!



Investitionen in Bildung: Deutschland auch 2015 unter EU-Durchschnitt

Erneut muss sich Deutschland als Gesamtstaat im Rahmen der Länderspezifischen Empfehlungen (LSE) von der EU vorhalten lassen, dass der Anteil der öffentlichen Ausgaben für Bildung am Bruttoinlandsprodukt unter dem EU-Durchschnitt liegt und dass die Gesamtausgaben für Bildung und Forschung im laufenden Jahr hinter dem nationalen Ziel von 10 % des BIP zurückbleiben dürften. Dabei wird explizit zugestanden, dass die Bundesregierung ihre Ausgaben für Bildung und Forschung erhöht hat. Folgerichtig wird Deutschland empfohlen, seine öffentlichen Investitionen in Infrastruktur, Erziehung und Forschung weiter zu erhöhen. Dies ist der Kern der bildungspolitischen Aussagen im Entwurf der LSE, den die Europäische Kommission am 13.05. vorgelegt hat. Die Empfehlungen der Kommission beruhen unter anderem auf den „Länderberichten“ der Kommission und deren bildungspolitische Aussagen.

Nachdem die Kommission ihre am 25.02. publizierten „Länderberichte“ mit den einzelnen Mitgliedsstaaten besprochen hat, ist zu erwarten, dass die LSE auf der Tagung des Europäischen

Rats vom 25.-26.06. von den Staats- und Regierungschefs besprochen und im Juli vom Rat förmlich angenommen werden. Im nationalen Ländervergleich liegen nach wie vor Sachsen, Bayern, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit ihrem dreigliedrigen Schulsystem vorne! Das jetzt verabschiedete niedersächsische Schulgesetz birgt die Gefahr, dass wir noch weiter nach hinten rutschen!

Mindestlohn für Lkw –Fahrer – Vertragsverletzungsverfahren gegen Deutschland eingeleitet

Das auch in Deutschland, unter anderem, als zu bürokratielastig kritisierte Mindestlohngesetz steht auf dem Prüfstand der EU-Kommission. Sie stört sich an der Bestimmung, dass der Mindestlohn auch ausländischen Lkw-Fahrern gezahlt werden muss, die Deutschland nur durchqueren oder dort Fracht ausladen. Diese Regelung bewirke „eine unverhältnismäßige Einschränkung“ der Dienstleistungsfreiheit und des freien Warenverkehrs, erklärte die Kommission und leitete die erste Stufe eines Vertragsverletzungsverfahrens gegen die Bundesregierung ein. Diese hat zwei Monate Zeit, die Kommission zu überzeugen, dass deren Bedenken gegenstandslos sind. Grundsätzlich begrüßt die EU-Kommission die Einführung eines Mindestlohnes in Deutschland. Diese stehe im Einklang mit den sozialpolitischen Zielvorstellungen, die von der amtierenden Kommission verfolgt würden. Deutschland ist der 22.

EU-Staat, der sich für einen Mindestlohn entschieden hat. Nachdem vor allem polnische Spediteure gegen das zu Jahresbeginn eingeführte Mindestlohngesetz Sturm gelaufen waren, hatte Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles die Lohnregelung für reine Transfahrten bereits Ende Januar ausgesetzt, um zunächst die europarechtlichen Fragen klären zu lassen. Auch beim Bundesverfassungsgericht sind Beschwerden von Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten anhängig. Der Ausgang des Verfahrens wird spannend!

UNTERWEGS IM UND FÜR DEN WAHLKREIS

Besuch der Pestalozzi-Schule in Walsrode



Schulleiter Florian Lies (links) und Sven Hübner, Geschäftsführer Erziehung und Bildung Nord der Pestalozzi-Stiftung (rechts)

Wie man die Zusammenarbeit von Förderschule und Regelschule in Zukunft gestalten könnte, darum ging es bei meinem Besuch der Pestalozzi-Schule in Walsrode. Die Förderschule darf nicht als "Restschule" für Kinder, die nicht inklusiv beschult werden können, verkommen. Denn die Arbeit der Förderschulen, mit kleinen Lerngruppen, ist an Regelschulen nicht immer zu leisten, da die nötigen Rahmenbedingungen fehlen. Gerade diese Arbeit darf man nicht abwerten. Die Pestalozzi-Schule ist vielmehr eine individuelle Betreuung auf Zeit. Ziel ist es die Kinder nach 1-2 Jahren wieder in das Regelschulsystem zurück zu führen. Eine wichtige Einrichtung, die sehr gute Arbeit leistet!

Eröffnung der 72-Stunden-Aktion der Landjugend



Eröffnung der landesweiten 72-Stunden-Aktion der Landjugend in Schneeheide.
© Walsroder Zeitung

Mit insgesamt 97 Landjugendgruppen aus ganz Niedersachsen war die diesjährige 72-Stunden-Aktion der Landjugend die bislang Größte. Die offizielle Auftaktveranstaltung fand in Schneeheide statt. Auch Ministerpräsident Stephan Weil war zum Spatenanstich gekommen, denn es lag eine beachtliche Aufgabe vor unserer

Landjugend: der Bau einer Grill- und Schutzhütte mit Pflasterung, Fachwerk, Bedachung und Rauchabzug. Niedersachsenweit nahmen mehr als 3000 Teilnehmer mit 200.000 Arbeitsstunden an der Aktion teil, die die unterschiedlichsten Aufgaben erfüllen mussten. Respekt für dieses Engagement!

Hofffest bei Spargelgut Meyer In Kirchwahlungen



v. lks.: Samtgemeindebürgermeister Cort Brün Voige, Steffen Meyer, Heiner Meyer und Ehefrau Elke Meyer

Das Hoffest auf dem Spargelgut Meyer in Kirchwahlungen besuche ich, wenn möglich, jedes Jahr. Heiner Meyer, seine Frau Elke und Sohn Steffen organisieren dieses Fest mit viel Engagement. Auf dem Hof gab es Spargel in allen Variationen. Betriebsführungen gewährten den Besuchern Einblick in die Verarbeitung des Spargels. Auch zahlreiche Kunstgewerbetreibende sorgten dafür, dass für das Auge etwas geboten wurde. Das Spargelgut Meyer zeichnet sich besonders durch Innovation, Verantwortung und Verbraucherfreundlichkeit aus. Eine Bereicherung für unsere Aller-Leine-Tal-Region!

Sommertour im Wahlkreis

Auch in diesem Sommer toure ich wieder durch den Wahlkreis, um mit Einrichtungen, Unternehmen, Vereinen, Verbänden, Bürgerinnen und Bürgern, ins Gespräch zu kommen. Die Sommertour ist mir ein wichtiges Anliegen, um die Menschen in den verschiedenen Einrichtungen in meiner Region noch besser kennenzulernen. Unser Heidekreis ist so vielseitig, dass ich jeweils einen kompletten Tag in jedem Gemeindeverband verbringe. So kann ich direkt vor Ort viele Anregungen für meine politische Arbeit in Hannover mitnehmen.

Die Tour beginnt am 22. Juni in Walsrode mit einem Besuch des Sprachheilkindergartens und endet am 08. Juli in Bomlitz in einer Tischlerei. Bei meinen weiteren Terminen stehen u.a. Besuche einer Jugendhilfeeinrichtung, einer Biogasanlage und einem Unternehmen für Lagerungstechnik auf der Tagesordnung. Aktuelle Informationen zur Sommertour mit allen Terminen finden Sie auch unter www.gudrunpieper.de oder auf meiner Facebook-Seite.

Eröffnung Wahlkreisbüro Schwarmstedt



v.lks.: Oliver Schulze, Gerd Steinmetz, Friedrich-Otto Ripke, Beate Dierking, Jürgen Abraham

Am 30.05.2015 konnte ich die Eröffnung meines zweiten Wahlkreisbüros in Schwarmstedt feiern. Ich war überwältigt von der großen Resonanz und freue mich den Menschen mit diesem Wahlkreisbüro nun auch eine Anlaufstelle im südlichen Heidekreis bieten zu können. Es war ein Tag voller interessanter Gespräche und Besuchen von netten und interessierten Menschen. Die liebevoll ausgesuchten Geschenke, die herrlichen Blumen und die vielen Glückwünsche haben mich sehr gefreut. Viele Bürgerinnen und Bürger nutzten den mit der Eröffnung verbundenen Tag der offenen Tür, um die neuen Räumlichkeiten zu besichtigen. Ich möchte mich auf diesem Wege bei allen Gästen bedanken, die auch einen weiteren Weg nicht gescheut haben. Besonders gefreut hat es mich, dass der Tag auch überparteilich miteinander gefeiert wurde.

Mein Wahlkreisbüro ist an folgenden Tagen geöffnet:

montags 8 bis 16 Uhr,
mittwochs und freitags 8 bis 13 Uhr
und nach Vereinbarung.

Telefonisch ist das Büro täglich von 8.00 – 17.00Uhr unter der Nummer 05071- 800 25 25 zu erreichen.